

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 19.01.2016**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

SPD

Frau Brandtner

stellv. Vorsitzende

(ab 17.10 Uhr)

Herr Brücher

Frau Gorsler

Herr Kaufmann

Herr Pieplau

CDU

Herr Copertino

Herr Hüsemann

Herr Jung

Herr Rüsing

Herr Weber

(bis 19.40 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Frau Mann

Frau Dr. Ober

Vorsitzende

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Integrationsrat

Herr Buschmann

FDP-Fraktion

(bis 18.55 Uhr)

Frau Huber

Seniorenrat

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger  
Beigeordnete Frau Ritschel  
Frau Buddemeier  
Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Frau Schulz  
Herr Lehmkühler

Herr Metzger  
Frau Kleiner  
Herr Puls

Dezernat 5  
Dezernat 3  
Gleichstellungsstelle  
Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt  
Büro für Integrierte Sozialplanung und  
Prävention  
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-  
Amt für Personal, Organisation und Zentrale  
Leistungen  
Bauamt  
Stab Dezernat 3  
Stab Dezernat 5

Gäste:

Herr Korbmacher  
Herr Siegeroth

AGW  
REGE mbH

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

**Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften**

**Zu Punkt 1.1 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (10. Sitzung) und des Integrationsrates am 24.11.2015**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und des Integrationsrates am 24.11.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei drei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 11. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.11.2015**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.11.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei drei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2 Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1**      **Vorteile und Synergien durch die Zusammenfassung verschiedener Dienststellen (Antrag der CDU-Fraktion vom 14.08.2015) -Ergebnis der Beratungen im Haupt- und Beteiligungsausschuss am 26.11.2015**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1887/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf den mit der Einladung versandten Protokollauszug aus der Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses vom 26.11.2015.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses zurückgezogen.

---

**Zu Punkt 2.2**      **Erhöhung der Regelsätze der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende**

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

---

**Zu Punkt 2.3**      **Kontoeröffnung für Asylsuchende**

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Änderungen bei der Ausgabe der Barschecks.

Nachfragen werden beantwortet.

---

**Zu Punkt 2.4**      **Pflegestärkungsgesetz II -Fachsymposium am 10.02.2016**

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf den ausliegenden Flyer.

---

**Zu Punkt 3      Anfragen**

**Zu Punkt 3.1      Sexualisierte Gewalt in Bielefeld (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2619/2014-2020

Frau Buddemeier verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**) und gibt einige Erläuterungen dazu. Beigeordneter Herr Nürnberger zeigt die Möglichkeit auf, in der nächsten Sitzung noch Fragen stellen zu können.

Bei Fragen zu den Vorkommnissen am Boulevard bittet Frau Buddemeier die Ausschussmitglieder, den Bericht der Polizeipräsidentin Frau Dr. Giere und Herrn Oberbürgermeister Clausen in der nächsten Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses abzuwarten.

Fragen von Herrn Gugat und Frau Bußmann werden beantwortet. Herr Pieplau und Herr Weber bitten, den Bericht aus dem Haupt- und Beteiligungsausschuss dem SGA zur Kenntnis zu geben. Herr Hood schlägt vor, dass die Beratungsstellen in den nächsten Sitzungen ihre Arbeit im SGA vorstellen.

Die Mitglieder sind mit den Vorschlägen einverstanden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 4      Anträge**

Es gibt keine Anträge.

---

**Zu Punkt 5      Theoriereduzierte Ausbildung**

Herr Lehmkühler gibt einen Rückblick auf die Einführung der theoriereduzierten Ausbildung bei der Stadt Bielefeld im Jahr 2009. Eine theoriereduzierte Ausbildung ermögliche es lernbehinderten Menschen eine Ausbildung zu absolvieren. In welchem Beruf eine solche Ausbildung möglich sei, prüfen die Industrie- und Handelskammer bzw. die Handwerkskammer.

Im Umweltbetrieb seien Ausbildungsplätze für 6 Werker und Werkerinnen im Garten- und Landschaftsbau und 2 Recyclingwerker und -werkerinnen geschaffen worden. Diese Ausbildungen erfolgen in Kooperation mit Bildungsträgern, die die sozialpädagogische Begleitung sicherstellen.

2011 habe der Umweltbetrieb im Beirat für Behindertenfragen über die Erfahrungen berichtet. Die theoriereduzierte Ausbildung sei zwischenzeitlich als Regelangebot in den Ausbildungspool der Stadt Bielefeld aufgenommen worden. Die städtischen Töchtergesellschaften hätten auf Nachfrage mitgeteilt, dass bei ihnen kaufmännische Ausbildungen absolviert würden; theoriereduzierte Ausbildungen hier nicht möglich seien. Die Stadtwerke Bielefeld engagiere sich sehr für behinderte Kinder, eine theoriereduzierte Ausbildung sei jedoch nicht möglich.

Nach Fragen von Frau Mann, Herrn Weber, Vorsitzender Frau Dr. Ober und Frau Gorsler führt Herr Lehmkühler u. a. aus, dass 2015 und 2016 jeweils ein Absolvent von der Stadt Bielefeld übernommen worden sei.

Vorsitzende Frau Dr. Ober unterstützt die Forderungen von Herrn Weber, die acht Ausbildungsstellen zu erhalten, wenn nicht sogar auszubauen, und sich kontinuierlich über die Entwicklungen berichten zu lassen.

-.-.-

## **Zu Punkt 6      Wohnen**

### **Zu Punkt 6.1      Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2015**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2567/2014-2020

Herr Metzger präsentiert die wesentlichen Ergebnisse des Wohnungsmarktberichtes 2015 (**Anlage 2**).

Er weist darauf hin, dass die Zahlen weitestgehend dem Jahr 2014 stammen. Im Bereich der Flüchtlinge habe man die aktuellen Daten aus 2015 berücksichtigt.

In 2014 seien über 1.500 Wohnungen in Bielefeld fertig gestellt worden. Hierbei handele es sich größtenteils um Eigentumswohnungen anstelle von Wohnungen im preisgeminderten Segment. Der bestehende geringe Leerstand sei u. a. ein Indikator für eine angespannte Marktsituation. Bei der Auswertung der Angebotsmieten in den Stadtbezirken sei festgestellt worden, dass ca. 2.100 Wohnungen unter der KdU-Grenze von 4,64 € lagen. Unter Berücksichtigung der in Bielefeld festgelegten Ausnahmetatbestände werde deutlich, dass auch in diesem Preissegment noch Spielraum bestehe.

Aufgrund der hohen Zahl von Flüchtlingen habe das Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der NRW.BANK im Herbst 2015 Vorausberechnungen für den zusätzlichen Wohnungsbedarf erstellt. Bei der Berechnung sei man von 200.000 Flüchtlingen ausgegangen, tatsächlich seien aber über 290.000 Flüchtlinge nach NRW gekommen. Vor dem Hintergrund, dass anerkannte Flüchtlinge an dem Ort bleiben an den sie zugewiesen worden seien, entstehe danach für 2015/2016 in Bielefeld ein zusätzlicher Bedarf von bis zu 4.000 Wohnungen. Möglich sei auch, dass anerkannte Flüchtlinge dorthin gingen, wo bereits Menschen ihrer Nationalität oder ihre Verwandten wohnten, dann steige der Bedarf auf bis zu 6.000 Wohnungen. Die zweite Berechnungsvariante

werde als realistisch eingeschätzt.

Für den Bereich der Flüchtlingsunterbringung teilt Herr Metzger mit, dass im Jahr 2015 2.100 Plätze für Flüchtlinge, 800 in Übergangsunterkünften und 500 in Notunterkünften, geschaffen worden seien. Für 2016 beabsichtige man 1.400 Plätze in öffentlich geförderten Wohnungen, 1.400 Plätze in Unterkünften und bis zu 580 Plätze (Maximalbelegung) in Systembauten zu schaffen.

Hierfür sei ein hohes Maß an Mitwirkungsbereitschaft aller Akteure am Wohnungsmarkt notwendig.

In den abgegebenen Stellungnahmen von Herrn Weber, Frau Bußmann, Herrn Bolte und Frau Gorsler wird deutlich, dass Flächenausweitungen zur Schaffung von öffentlich geförderten Wohnraum und Arbeitsplätzen im Wege von Firmenansiedlungen als notwendig erachtet werden. Frau Adilovic bewertet die Unterbringung von 1.400 Personen in 600 Wohnungen mit Blick auf die Umsetzung des Integrationskonzeptes als problematisch.

Fragen werden von Herrn Metzger beantwortet. Er weist daraufhin, dass allein das Schließen von Baulücken für den künftigen Wohnungsbedarf nicht mehr ausreichend sei. Es müssten neue Bauflächen ausgewiesen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

## **Zu Punkt 6.2 Masterplan Wohnen für Bielefeld -Update 2015-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2459/2014-2020

Herr Metzger informiert über die wesentlichen Punkte des modifizierten Masterplans Wohnen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

## **Zu Punkt 6.3 Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2015**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2552/2014-2020

Herr Metzger informiert über das Förderergebnis 2015.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 7      Haushaltsplanberatungen 2016 -1. Lesung-**

Vorsitzende Frau Dr. Ober weist darauf hin, dass die Haushaltsplanberatungen in 1. Lesung behandelt werden.

**Zu Punkt 7.1      Konkretisierung von Konsolidierungsmaßnahmen 2016 - 2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2411/2014-2020

Herr Weber schlägt vor, Fragen und Anmerkungen im Vorfeld der nächsten Sitzung an die Verwaltung zu geben, so dass sie in der nächsten Sitzung beantwortet werden könnten.

Fragen von Herrn Hood zu Stelleneinsparungen, zum Aufbau eines Forderungssachgebietes und zu Entgeltvereinbarungen werden von Beigeordnetem Herrn Nürnberger und Frau Schulz beantwortet.

Fragen von Frau Gorsler zur Einsparung einer Facharztstelle in dem Bereich der Erwachsenenpsychiatrie beantwortet Frau Dr. Delius.

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 7.2      Haushaltsplan 2016 für den Stab des Dezernates 5 -095-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2521/2014-2020

Es werden keine Fragen gestellt.

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 7.3      Stellenplan 2016 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2564/2014-2020

Es werden keine Fragen gestellt.

1. Lesung -

---



**Zu Punkt 7.4      Haushaltsplan 2016 für das Amt für soziale Leistungen**  
**- Sozialamt -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2525/2014-2020

Frau Huber kündigt, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Seniorenrates am nächsten Tag, folgende Stellungnahme des Seniorenrates an,:

*„Bei der Haushaltsplanung für das Handlungsfeld „Senioren und Seniorinnen“ (Ansatz 2016 752.334,00 Euro) soll berücksichtigt werden, dass*

- 1. die jetzt eingerechnete 2 %-ige Personalkostensteigerung pro Jahr zu gering ist, weil die geplante Steigerung nur teilweise die Kürzungen der Vorjahre ausgleicht;*
- 2. die Ergebnisse der Gespräche, die z. Zt. vom Seniorenrat mit den Ratsfraktionen, mit den Wohlfahrtsverbänden und der Verwaltung geführt werden, bei der Haushaltsplanung einfließen;*
- 3. geklärt sein muss, wie der in 2014 gestrichene Zuschuss für neu zu vergebende Projektmittel der offenen Seniorenarbeit in Höhe von 13.000,00 Euro in die Haushaltsplanung einfließt.“*

Fragen von Herrn Hood und Herrn Weber werden von der Verwaltung in der nächsten Sitzung differenziert beantwortet.

Zu Fragen von Frau Bußmann zur Kalkulation der steigenden Kosten der Unterkunft (KdU), führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass sich die Kalkulation im Wesentlichen auf steigende Fallzahlen stütze. Der Ansatz von 2016 erhöhe sich, im Vergleich zu 2015, um 10,5 Mio. €. Im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes sei eine Steigerung von 10 Mio. € zu verzeichnen. Demgegenüber stehe 2016 eine stark ansteigende Kostenbezuschung durch das Land NRW.

1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 7.5      Haushaltsplan 2016 für das Büro für Integrierte Sozialplanung**  
**und Prävention**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2512/2014-2020

Es werden keine Fragen gestellt.

1. Lesung -

-.--

**Zu Punkt 7.6 Haushalts- und Stellenplan 2016 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2485/2014-2020

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet die Mitglieder, Fragen zu den Haushaltsplänen bis zum 01.02.2016 bei der Verwaltung einzureichen. Eine Beantwortung der eingegangenen Fragen werden bis 09.02.2016 von der Verwaltung zugesagt.

- 1. Lesung –

-.--

**Zu Punkt 8 Situation der Flüchtlinge in Bielefeld**

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass die Situation in der Erstaufnahme entspannter sei. Der Krisenstab beschäftige sich zurzeit schwerpunktmäßig mit der Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen.

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Bis zum Sitzungstag seien 150 Personen zugewiesen worden. Bis Ende Januar sei eine Zuweisungspause zugesagt. Nach dieser Zuweisungspause, würden Bielefeld dann wieder Flüchtlinge, bis zur Erreichung der Zuweisungsquote, zugewiesen werden.

Zurzeit habe die Stadt Bielefeld noch 130 Rest-Plätze in Turnhallen. Unter Berücksichtigung der angekündigten Zuweisungen, würden die Unterbringungsplätze noch bis Ende Februar reichen.

Die Vorkommnisse in der Silvesternacht machten deutlich, dass Integration wichtig sei und bestätigten die bisherigen Aktivitäten. Es würden klare und schnelle rechtsstaatliche Verfahren benötigt, in denen über den Verbleib der Flüchtlinge entschieden werde.

Zu Fragen von Herrn Bolte, Frau Bußmann, Frau Mann, Frau Gorsler und Herrn Copertino führt Beigeordneter Herr Nürnberger u. a. aus, dass beim ehrenamtlichen Engagement eine dynamische Entwicklung zu erkennen sei; es verändere sich, aber ein Wegbrechen sei nicht spürbar.

Herr Korbmacher ergänzt, dass mehr Fragen zur Sicherheit in den Einrichtungen und im Quartier aufkommen. Gerüchte stießen auf fruchtbaren Boden. Wichtig sei, gelungene Integration zu dokumentieren und Angst durch Ansprechpartnerpräsenz in den Einrichtungen zu nehmen.

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass die Flüchtlinge nur so lange als nötig in Turnhallen untergebracht würden. Derzeit werde die Unterbringung in Wohncontainern vorbereitet. Die Standorte (ehem.

Schulgelände der Pestalozzischule, Herforder Straße 564, Industriestraße 40 und Ernst-Rein-Straße 21 => 580 Plätze) seien bereits im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen worden. In den nächsten Monaten werde es immer wieder Situationen geben können, in denen die Unterbringungsmöglichkeiten nicht ausreichen.

Die Clearingeinrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) seien, aufgrund der hohen Anzahl der Jugendlichen, sehr große Einrichtungen geworden. Die Standards würden nach wie vor eingehalten, unabhängig davon gebe es unter den UMFs allerdings auch vereinzelt Personen, die durch Provokation die Einrichtungen „aufmischen“ könnten und damit auffällig würden.

Amtsvormundschaften durch Ehrenamtliche würden von der Verwaltung begrüßt, durch die Gerichte zurzeit aber blockiert. Beigeordneter Herr Nürnberger bittet, diese Fragen im Jugendhilfeausschuss erneut zu stellen, um dort noch detailliertere Antworten bekommen zu können.

Herr Weber macht deutlich, dass in Bielefeld bereits seit 12 Monaten Angebote zur Integration von Flüchtlingen vorbereitet werden. Sie seien politisch beschlossen und die Umsetzung auf den Weg gebracht worden. Er hebt hervor, dass die Diskussionen in Bielefeld auf politischer Ebene, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, sachbezogen geführt würden. Entscheidend für erfolgreiche Integration sei, dass Konflikte in den Unterkünften nicht im Verborgenen bleiben, sondern thematisiert würden. Flüchtlinge müssten zur Einfindung in die Gesellschaft aufgefordert werden und die Stadtgesellschaft müsse gleichermaßen als Vorbild dienen. Darüber hinaus schlägt Herr Weber vor, die Presse über die einhellig geführte Diskussion zu informieren, um sie auch der Bevölkerung deutlich zu machen. Frau Mann, Herr Gugat, Herr Hood und Frau Gorsler unterstützen die Ausführungen von Herrn Weber.

Vorsitzende Frau Dr. Ober sagt eine entsprechende Informationsweitergabe an die Presse zu.

---

## **Zu Punkt 9**

### **Arbeit und Beschäftigung für Flüchtlinge**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2523/2014-2020

Herr Siegeroth informiert über die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage.

Fragen von Herrn Gugat und Herrn Rüsing werden beantwortet. In diesem Zusammenhang führt Herr Siegeroth aus, dass Arbeitsleistungen aus Arbeitsgelegenheiten (AGHs) heraus, nicht zu Erträgen führen dürften. Arbeitsgelegenheiten müssen grundsätzlich immer zusätzlich und gemeinnützig sein. Der vorgeschlagene Tätigkeitsbereich für Arbeitsgelegenheiten sei ein erster Einstieg. Weitere zusätzliche und gemeinnützige Arbeitsfelder zu finden gestalte sich derzeit als sehr schwierig. Die Forderungen nach Aufstockung der AGHs

seien nachvollziehbar, zunächst sollte die Einbindung in die Unterkunftsabläufe abgewartet werden.

Das weitere Projekt „Integrationslotsen“ habe im September 2015 begonnen und sei für jeden Mitarbeiter auf ein Jahr befristet. Für eine Ausweitung des Tätigkeitsbereiches sollten zunächst die Erfahrungen aus den begonnenen Integrationslotsenstellen abgewartet werden. Herr Korbmacher unterstützt diesen Vorschlag und weist darauf hin, dass die Flüchtlinge bei ihrer Lotsentätigkeit ebenfalls Unterstützung benötigten. Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass es Flüchtlingen u. a. aus Gründen des Hygiene- und Gesundheitsschutzes im Grundsatz nicht gestattet sei, bei den in der Einrichtung anfallenden Arbeiten (z. B. Essensausgabe, Aufenthaltsräume putzen) mitzuhelfen. Herr Hood schlägt vor, an die Ausschreibung für Arbeiten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, auch die Schaffung von AGHs einzubinden.

Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet die Anwesenden um Beschlussfassung.

**Beschluss:**

**Die REGE mbH wird beauftragt, 30 Personen (60 Personen in der Gesamtlaufzeit von 2 Jahren) mit Fluchterfahrung, die momentan Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen, als „Integrationslotsen“ einzustellen sowie kommunale Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG in Bielefeld umzusetzen. Die jährlichen Mittel i. H. v. 360.000 EUR für die Jahre 2016 und 2017 werden über eine Erhöhung des Verlustausgleiches zur Verfügung gestellt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 10**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**  
**- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.